

Vom Managen zum Regieren



Helfried Bauer

Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen im Sinne des Public Management erfolgt gegenwärtig in vielen Einrichtungen in unserem Land. Die Logik des Managens, also eines zielgerichteten, die Erfordernisse der Leistungsempfänger verstärkt berücksichtigenden Handelns, das durch Vergleich und „Wettbewerb“ zu verbesserter Wirtschaftlichkeit führt, soll die traditionelle Form der bürokratischen, meist überzogen arbeitsteiligen Aufgabenerfüllung ersetzen. Dabei zeigen sich auch Grenzen des New Public Management (NPM)-Ansatzes. Sie liegen z.B. in einer zunehmenden Trennung von Politik und Management, weiters in einer Überschätzung marktwirtschaftlicher Handlungsmuster zur Regelung gesellschaftlicher Probleme, wie etwa jene des nachhaltigen und sozialverträglichen Steuerns von räumlichen Ballungs- und Entleerungsprozessen oder von demografischen Entwicklungen. Teils aus diesen konzeptionellen Begrenzungen heraus, teils aufgrund neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gegebenheiten ist es notwendig geworden, die Modernisierungskonzepte und -instrumente des Staates zu erweitern, etwa hinsichtlich grundsätzlicher Fragen bezüglich der Wahl eines zukünftigen Staatsmodells, der demokratiepolitisch wichtigen Aspekte wie der einer verbesserten Legitimation staatlichen und kommunalen Handelns („Bürgerkommune“), bei

der strategischen Planung und Steuerung u.a.m.

Diese Überlegungen führten zur Entwicklung zeitgemäßer Vorstellungen von „Good Governance“,¹ die einen Unterschied zwischen Staats- und Unternehmensführung postulieren, und die demokratiepolitisch maßgeblichen oder wünschenswerten Partizipations- und Transparenzgeboten sowie einer genuinen politischen Steuerung öffentlicher Aufgaben mehr Raum geben als es den Wertmaßstäben des erwerbswirtschaftlichen Sektors entspricht. Weiters wird im Governance-Konzept berücksichtigt, dass gewählte Politiker zwar „eine besondere Legitimation“ besitzen, jedoch nicht allein und letztlich abschließend das Gemeinwohl interpretieren können.

Was ist Public Governance?

Die solcherart seit mehreren Jahren entwickelten Ansätze eines spezifischen Public Governance im deutschsprachigen Bereich integrieren Denkweisen, Konzepte und Grundsätze, die zwar im einzelnen nicht immer neu sind, jedoch im Verbund eingesetzt zu einer neuen Qualität des öffentlichen Handelns führen können.

Im Kern geht es bei Governance darum, dass der Staat „an seiner grundsätzlichen Zuständigkeit für die Regelung bestimmter gesellschaftlicher Probleme und die Gewährleistung [... (von)] Sicherungsleistungen weiterhin festhält, aber bei der Erledigung dieser Aufgaben und der Erstellung von Leistungen auf die Koproduktion

und selbstverantwortliche Eigenleistung individueller wie kollektiver gesellschaftlicher Akteure setzt. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Motivationen und Handlungsbereitschaften zu Selbsthilfe und solidarischer Unterstützung [...] durchaus vielfach vorhanden sind, aber zu ihrer Realisierung und Wirkungsverbesserung der staatlichen Unterstützung und Aktivierung bedürfen.“²

Die Beiträge in diesem Heft beschäftigen sich mit dem Konzept des Public Governance bzw. in seiner normativen Ausprägung von Good Governance (gutes Regieren). Es werden Beispiele für die Kooperation von Trägern gesellschaftlicher Aufgaben ebenso dargestellt, wie Reformperspektiven im Bereich der Bezirksverwaltungsbehörden, die dem Governance-Verständnis zugerechnet werden können. Eine umfassende Auseinandersetzung mit Public Governance bietet das soeben vom KDZ herausgegebene Werk „Public Governance – Öffentliche Aufgaben gemeinsam erfüllen und effektiv steuern“.

¹ Schon in der italienischen Renaissance versuchte man gutes und schlechtes Regieren zu definieren, vgl. dazu: Tarschys, Daniel: Wohlstand, Werte, Institutionen: Tendenzen von Regierung und Governance. In: Governance im 21. Jahrhundert. Zukunftsstudien, hrsg. von der OECD, Paris 2001, S. 37-56.

² Heinze, Rolf G. u.a.: Einführung: Der aktivierende Staat. Hintergründe und Merkmale eines Leitbildes für öffentliches Handeln. In: Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, hrsg. von Fritz Behrens u.a., Berlin 2005, S. 12.